

DIE LINKE. Landkreis Osterholz, Hafestraße 7b, 27711 Osterholz-Scharmbeck

An den Personalrat

Kreisverband Osterholz

Herbert Behrens
Kreisvorsitzender

Hafestraße 7b
27711 Osterholz-Scharmbeck
Telefon 04791 140414
Telefax 04791 9829178

Herbert.Behrens@die-linke-ohz.de
www.die-linke-ohz.de

Kreissparkasse Osterholz
BLZ 291 523 00
Konto-Nr. 111 020 558

Osterholz-Scharmbeck, 19. Mai 2009

Kampfmaßnahmen der ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

DIE LINKE. im Landkreis Osterholz unterstützt Euren Kampf für die Verbesserung Eurer Arbeitsbedingungen. Wir wünschen uns sehr, dass die Forderungen weitestgehend durchgesetzt werden können.

In Zeiten, in denen Hunderte Milliarden Euro zur Rettung von „systemrelevanten“ Banken eingesetzt werden ist es unerhört, wenn die öffentliche Hand, vertreten durch den kommunalen Arbeitgeberverband, Verbesserung der Arbeitsbedingungen von offenbar nicht systemrelevanten ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen als ungerechtfertigt und nicht finanzierbar zurückweist.

Die Forderungen der Belegschaften und ihrer Gewerkschaft ver.di sind berechtigt. Bildung und Betreuung der Kleinsten, der wichtigsten Menschen einer Gesellschaft, ist eine Zukunftsaufgabe. Die Arbeit in der Kindererziehung erfordert ein hohes fachliches Können und darüber hinaus eine große physische und psychische Belastbarkeit. Dem wird die derzeitige Bezahlung nicht gerecht. Zeiten der Vor- und Nachbereitung oder der Elternarbeit werden in den wenigsten Fällen gewährt und wenn, dann zumeist ohne Vergütung. Nicht selten sind Erzieherinnen und Erzieher mit mehr als 20 Kindern allein in der Gruppe. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar.

DIE LINKE unterstützt die Forderung der Gewerkschaft auf angemessene Bezahlung und tariflich abgesicherte gesundheitliche Vorsorge. Darüber hinaus fordern wir die sofortige Ausbildung von bundesweit mindestens 100.000 Erzieherinnen und Erzieher und das schrittweise auf Hochschulniveau. Zur Finanzierung dieser Maßnahme muss es ein weiteres Konjunkturprogramm geben, das in Bildung, Erziehung und Gesundheit investiert; so wie es Ihre Gewerkschaft ver.di fordert.

Mit Empörung nehmen wir zur Kenntnis, dass die Stadtverwaltung in Kiel den Kolleginnen und Kollegen das Streikrecht per einstweiliger Verfügung zu nehmen versucht. Wir fordern die BürgermeisterInnen der Stadt und der Gemeinden im Landkreis Osterholz auf, ihren Arbeitgeberverband (VKA) aufzugeben, seine Verweigerungshaltung aufzugeben und mit ver.di einen fairen Kompromiss zu suchen.

Unsere Ratsvertreter in Osterholz-Scharmbeck und Worpswede werden entsprechende Forderungen auch an die Bürgermeister richten.

Mit solidarischem Gruß



Herbert Behrens, Kreisvorsitzender